

# Wöchentliches Anzeiger

für Deutschem

und Amgegend

Angelsgasse 100. — Tel. 222. — 200. — R.

Angelsgasse 100 in der Geschäftsstelle dieses Anzeigers, Poststraße 10, ist täglich von 9 Uhr. Sonntags und feiertägliche Auslagen werden an vorhergehenden Tagen in anderen Häusern sein.

Ercheint wöchentlich 3 mal, und zwar Donnerstags, Mittwochs und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.



Amüliches Verhältniß für die Stadt Deutschem.

Wöchentliches Anzeiger: Druckpreis 1170.00 RM.  
von welcher Betrag 20 Cent für die Post gehen.  
Stichtag: 120.00 RM.

Stichtagliche und sonstige Beiträge werden gegen in das Anzeigerbüro, Poststraße 10, nach vorheriger Vereinbarung angenommen.

№ 13

Sonntag, den 14. April 1923

62. Jahrgang

## Was gibt es Neues?

Der auswärtige Besuch des Reichstages hat dem Wechselauf über ein vorläufiges Handelsabkommen mit Spanien zugeführt.

Eine Note der Reichsregierung legt Eindruck ein gegen die restriktiven Eisenbahnbeschränkungen der Rheinlandkommission.

Im englischen Parlament kam es zu Bräutigamen. Der französische Botschafter in London, Dr. Malraux, hatte Besprechungen mit Bonar Law im Foreign Office.

Während Frankreich und der Pfando-Lombard wurde ein Abkommen über die Luftschiffahrt abgeschlossen, das beide Nationen für gegenseitig beim Kauf von Flugzeugen und Motoren gewährt.

Die von Londoner Wärlern vertriebene Meldung von der Gegenwärtigkeit De Valeras hat sich nicht bestätigt.

## Die letzte Woche.

Nichts ist so schmerzhaft für den Menschen eine so erregende Frage, wie ein offenes Grab, und mit Recht hat sich daher der Reichsanwalt Dr. Cuno in seiner Rede vor dem Reichstag für die französische Gewalttat in Orléans die ganze Aufmerksamkeit gewendet, der Weltöffentlichkeit der Eindringlinge im Ruhrgebiet ein Ziel zu setzen. Die Wutstimmung liegt auf den Lippen der Reichsanwalts, sein Zorn und sein Haß werden sich niemals vermindern lassen. Nur Frieden und Gerechtigkeit in Zukunft vermögen den Eindruck von dem zu mildern, was in den drei Monaten geschehen ist, seitdem die Hölzer ihre Hände nach den schwarzen Diamanten an der Ruhr ausgebreitet hat. Die Forderungen hätten nach Vollen erfüllt sein, wenn man nicht in Paris einen Besatzungsbefehl hätte, die Soldaten über den Rhein in deutsches Land zu schicken.

Es wäre ein Verbrechen gegen die Toten von Orléans, wenn wir nicht mehr denn je auf einen ehrenvollen Ausgleich in der Vergangenheit halten wollten. Die Verhandlungen darüber können nicht abgelehnt werden, während wir draußen stehen bleiben müssen. Mitleidenschaft und Gleichberechtigung der kommenden Verhandlungen ist eine Selbstverständlichkeit. Aus Paris wird immer wieder erklärt, daß die Politik Frankreichs unwandelbar bleibt, daß die deutschen Zahlungen geleistet und Garantien für die militärische Sicherheit der Ruhr gegeben werden müssen. Das sind die Forderungen, die nicht aufbringen können, und die geforderten Sicherheiten bereits vorhanden sind, heißt es, aber Poincaré und seine Leute lassen das nicht gelten, was ihnen nicht paßt. Sie reden von ihren „Siegen“, während doch Monat für Monat alles beim Alten bleibt, und die bisherigen Entschlüsse den Franzosen die Gefolgschaft verweigern.

In die Verlegenheit der Pariser Regierung sprechen die Erörterungen, die sich an die Seite des früheren Vizeaußenministers Lougeur nach London geschickt haben. Zuerst hieß es, Lougeur sei als Vertrauensmann Poincarés zur Rheinreise gefahren, und hinterher wurde bestritten, daß er mit politischen Dingen irgend etwas zu tun gehabt habe. Aus der diplomatischen Sprache ins gewöhnliche Deutsch übertragen, bedeutet das, daß die Karte wieder einmal falsch gespielt und jedenfalls bisher nicht erreicht worden ist, was erreicht werden sollte. Im Kopf Monsieur Lougeurs muß sich die Welt auch ziemlich märschieren. Daß er das Rhein- und Ruhrgebiet in einen neutralen Staat verwandeln will, ist keine Neuheit mehr, von einem solchen Projekt ist schon früher die Rede gewesen; aber die Hindernisse sind nur noch größer geworden.

In diesen Vorgängen tobte der englische Ministerpräsident Bonar Law, der von seiner Krankheit sich wieder etwas erholt hat, den ersten deutschen Wechselauf. Wenn ihm im Parlament eine unangenehme Frage vorgelegt wird, so antwortet er, er habe die Antworten vom letzten Tag nicht aus der Erinnerung im Kopf, sondern er las sie aus der Zeitung. Ein Interdikt ist allerdings zwischen Bismarck und Bonar Law. Bismarck wies mit diesem Wechselauf weniger oder gar dummdreie Ausdrücke ab, während der englische Staatsmann in der Wechselauf steht und nicht weiß, was er sagen soll. Vor den Kopf klopfen will er Poincaré nicht, aber ihm in Arm mit ihm zu werfen, fehlt ihm die Luft. Das ist nicht aus der Erinnerung in London nicht. Darum ist auch nichts aus die Verhandlungen zu geben, Deutschland solle ein Ultimatum mit Forderungen aller Entente-Mächte vorgelegt erhalten. So groß ist die Enttäuschung bei unseren Gegnern denn doch nicht.

Die schon gesagt, muß der Weg, auf dem wir zu Verhandlungen marschieren, gleichberechtigt und das Ziel ehrenvoll sein. Dies inderohst bekräftigte Programm des Reichsanwalts muß um so mehr aufrecht erhalten werden, als Gewalttaten, Raub und Schikanen der Franzosen an der Ruhr kein Ende nehmen. Die Besprechungen und Verhandlungen hängen sich, hatte man doch selbst den Staatssekretär Hamm auf seiner Reise zur Besetzung in Eisen festgenommen. Das Verbot der deutschen Eisenbahn ist nicht geringer, als die Tapferkeit auf einem Schlachtfeld.

Ein Gegenstand zu den Dingen im deutschen Westen sind die Vorgänge im Osten, in Memelland, wo die Bürger der Deutschen die festgesetzten Besprechungen gebrochen hatten und wo die Arbeiter in Deutschen Straßen geschrien sind. Solche Ereignisse in Deutschland schreien zum Himmel. Der nordamerikanische Präsident Harding hat dieser Tage gesagt, das amerikanische Volk sei das gerechteste dieser Erde. Er hätte jetzt Gelegenheit, diese Charaktereigenschaft zu beweisen, aber dazu kommt es nicht.

## Die Reichsregierung gegen „Kapitulationen“.

Jurisdiktioneller Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit. Die interalliierte Rheinlandkommission hatte der deutschen Regierung durch den Reichsanwalt für die besetzten Gebiete mitteilen lassen, die deutsche Regierung solle der interalliierten Rheinlandkommission von jeder beabsichtigten Veränderung von Staatsangehörigen der Mäde, die an der Rheinlandbesetzung beteiligt sind, Mitteilung machen und im Falle der Festnahme von solchen Angehörigen ihr das Material zur Verfügung stellen. Die deutsche Regierung hat jetzt der interalliierten Rheinlandkommission durch den Reichsanwalt für die besetzten Gebiete eine Note überreicht, in der es u. a. heißt:

„Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß es sich bei der Unterstellung der Besetzung eines Staatsangehörigen der an der Besetzung teilnehmenden Mäde bedeutet die Gewährung des Schutzes der Mäde um eine reine und einfache Angelegenheit, die der Gerichtsbarkeit im Einklang steht. In der Praxis kommt die Anordnung der interalliierten Rheinlandkommission auf einen höheren Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit hinaus, die durch die Bestimmungen des Rheinabkommens nicht gerechtfertigt werden kann.“

„Das Ergebnis der Anordnung würde darin bestehen, daß die in der besetzten Gebiete anwesenden Ausländer, soweit sie zu dem an der Besetzung teilnehmenden Mäde gehören, auf dem Gebiet der Reichsgerichtsbarkeit in einem Umfang unter der besonderen Protection der interalliierten Rheinlandkommission ständen, wie es sonst nur in Ausnahmefällen durch die Reichsgerichtsbarkeit in sogenannten „Kapitulationen“ der Fall ist.“

Die Reichsregierung erhebt gegen diesen rechtsverstoßenden Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit nachdrücklich Protest.

## Frankreichs Krieg gegen Sänglinge.

Deutscher Protest gegen die Eisenbahnbeschränkungen. Eine der Regierungen in Paris, London und Brüssel übergeben und in Absicht der interalliierten Rheinlandkommission behändigende Note der deutschen Regierung legt die Rechtschaffenheit des Verfahrens dar, durch das die interalliierte Rheinlandkommission dem Reichsbahnenbesitzer über die Beschränkung der Beschränkungen übertrug. Die als Grund für diese Beschränkung vorgebracht angeführte Behauptung der Beschränkung durch die deutsche Regierung wird aufs entschiedenste zurückgewiesen: die Eisenbahnbeschränkungen im verhältnismäßig besetzten Gebiet sind ausdrücklich angeordnet, alle in Abereinstimmung mit dem Rheinabkommen geforderten Maßnahmen durchzuführen. Nicht durchzuführen werden, daß das Rheinland holländische, belgische und französische und der belgischen Regierung eingeleitet vertragswidrige Gesellschaften bilden sollen. Alle angeführten Gründe sind, so wird festgestellt, nur Vorwand, um die Eisenbahn in die Hand des französischen Militärs zu bringen, die Verbindung mit ein weiteres Glied in der langen Kette von Beschränkungen, die das Rheinland holländisch, belgisch und französisch vom unbesetzten Deutschland trennen sollen.

Die Note beschließt sich weiter mit der Britenheit, mit der die Deutschen aus ihren Wohnungen vertrieben werden, und verweist auf den bekannten Vorgang in Trier, wo 500 Männer, Frauen und Kinder obdachlos auf die Straße gesetzt wurden, darunter auch Sänglinge und Sänglinge und 22 Kinder, die am nächsten Tage zur ersten Kommunikation gehen sollten. Gegen diese neuen Gewalttätigkeiten und Vertragsbrüche wird feierliche Denunciation eingeleitet.

## Ein Schilling der Rheinlandkommission.

Denunziant und Landesverrat. Anfang März 1923 war der Bürgermeister Schmitt der Stadt Cochem a. d. Mosel von der interalliierten Rheinlandkommission ohne weiteres erlöschigen Grund ausgewiesen worden. Von deutscher Seite angeforderte Ermittlungen bestätigten das Verurteilung, daß Bürgermeister Schmitt einem gemeinen Denunzianten zum Opfer gefallen war. Als Denunziant wurde festgestellt der als Französischer belandete Arbeiterführer Steinbauer aus Cochem. Trotz der gegen ihn erhobenen Anklagen, Beschuldigungen begab sich Steinbauer in das unbesetzte Gebiet und wurde inhaftet von der deutschen Polizei wegen des Verdachtes des Landesverrats festgenommen. Die Familie des Verhafteten hat sich darauf an die interalliierte Rheinlandkommission mit der Bitte um Schluß der Denunzianten gewandt. Die Rheinlandkommission hatte dem Reichsanwalt für die besetzten Gebiete mitteilen lassen, daß sie noch vor dem 5. April 1923 die Zurückführung des Steinbauer in das unbesetzte Gebiet verlange, und hat außerdem das Erfordernis gestellt, daß ihm für seine Verluste ein Geschäftsgewinn gemäß der 20 Millionen Mark ausgezahlt werden. Diese unerhörte Anordnung hat der Reichsanwalt mit einer Note vom 5. 4. 23 zurückgewiesen, die im wesentlichen folgendes betrug:

„Der Arbeiterführer Steinbauer aus Cochem ist am 12. März 1923 inhaftet, also in einem Orte des unbesetzten Deutschlands, unter Befehl der interalliierten Rheinlandkommission verhaftet worden. Das Verfahren selbst noch im Stadium der Ermittlung beim Oberstaatsanwalt in Trier. Die deutsche Regierung verweigert es, zu erklären, welchen Zweck die interalliierte Rheinlandkommission für ihre Eingriffe in dieses schwebende Verfahren anstreben will. Gemäß den Regeln des internationalen Strafrechts würde die Verurteilung des Steinbauer durch deutsche Gerichte selbst dann zulässig sein, wenn er die ihm vorgeworfenen Verbrechen in diesen Verurteilungen im Ausland begangen hätte.“

Die Note weist dann darauf hin, daß Landesverrat, die sich in das unbesetzte Gebiet begibt, begibt, sich nicht belangen können, wenn die deutschen Gerichte ohne Rücksichtung gegen sie zur Anwendung gelangen. Die Note schließt mit der Erklärung:

„Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage, in das Verfahren einzugreifen und muß die Entscheidung des Reichsgerichts abwarten.“

## Drüselgeheim im Unterhaus.

Kommunisten stützen das Lied der roten Fahne. Das englische Parlament hatte sich bisher, alle Tradition folgend, noch immer zu einer gewissen Höhe des allgemeinen Verhandlungs-Niveaus zu halten und einen guten Teil im allgemeinen zu halten. Mit dem Ende des Jahresberichts ist es aber auch mit dieser Sonderstellung des englischen Parlaments zu Ende zu sein. Es unterbreitet sich heute in nichts mehr von den raubhähnlichen kontinentalen Parlamenten. Am Mittwoch gab es sogar — ganz im Geiste der Demokratie und heute bei uns — eine regelrechte Polzei, über die nachstehender Bericht vorliegt:

Als der Sprecher des Unterhauses wegen fortgesetzten Lärmes die Sitzung für eine Stunde unterbrach und die Deputierten daraufhin den Saal verlassen, übte man einen Arbeiterparlamentarier aus, daß er von einem Regierungsmitglied (man spricht von Crumohr) gefangen worden sei. Es beehrte sich eine unbeschreibliche Verwirrung und der französische Abgeordnete, machte verzeihliche Bemerkungen, um etwas zu erwidern.

In wenigen Augenblicken entstand eine regelrechte Schererei, in die zahlreiche Abgeordnete und zwei Regierungsmitglieder hineingezogen wurden. Baldwin und MacDonald verurteilten, die Ruhe wiederherzustellen, aber ein Arbeiterparlamentarier fing von neuem an und provozierte ein neues Aufgebot. Die Konservativen einerseits und die Arbeiterparlamentarier andererseits taufelten während weniger Minuten folgende Aussagen an.

Um 3 Uhr konnte der Saal schließlich geräumt werden und um 7 Uhr wurde die Sitzung von dem zahlreich erschienenen Abgeordneten wieder aufgenommen. Der Sprecher teilte dann mit, daß er angefordert der künftigen Besetzung von seinem Redie Gebrauch machte, die Kammer, ohne Sie zu betragen, bis Donnerstag zu verlassen. Er verließ sofort seinen Platz. Diese zweite Sitzung hatte nur 2 Minuten gedauert.

Der Parlamentspräsident hat die Sache ernsthaft für sich selbst über diese Verwirrung in a. nach. Die Mitglieder hätten einen Hellenfall veranlaßt, um zu verhindern, daß das Haus seine Geschäfte erledige, und hätten das Lied der roten Fahne gefungen. Während einer halben Stunde habe das Haus einem holländischen Gatten „gesehen. Nach dem „Kampf“ im Hause hätten einige Arbeiterparlamentarier...





**Gardinen**  
Stores, Bett-, Tisch- u. Divandeecken  
im Preise weit herabgesetzt.  
Den Preisabbau entsprechende  
günstige Gelegenheit zum billigen Einkauf  
**Gardinenspezialhaus M. Köppel,**  
Hamburg, Weissenfels,  
Weingarten 21, Kl. Kalandstr. 9, I. Tr.  
Echte Handarbeit, Stores u. Bettdecken billig.

**Löwen - Diele**  
(Hotel z. Löwen).  
Sonntag, d. 15. April von abends 6 Uhr an  
**Künstler - Konzert.**  
Um gütigen Zuspruch bittet  
Fr. Wentzke.

**Grüner Baum, Teuchern.**  
Sonntag, den 15. April  
**Frühlings - Ball.**  
Anfang 6 Uhr. Carl Müller.

**Schützenloge Teuchern**  
(Schützenplatz).  
Jeden Sonntag  
wieder geöffnet.  
Voranzeige.  
**Schützenloge (Schützenplatz).**  
Wein diesjähriger  
**Preis - Skat**  
findet Sonntag, den 22. und Montag,  
den 23. April statt.  
Fr. Wentzke.

Zu unserem am Sonntag, den 15. April im  
Gasthof zum Löwen stattfindenden  
**Frühjahrsvergnügen**  
verbunden mit Verlosung, ladet die verehrte Einwoh-  
nerschaft von Stadt und Land ganz ergeben ein  
Anfang 6 Uhr. Gesangsverein Eintracht.

**Gasthof Runthal.**  
Sonntag, den 15. April abends 7 Uhr  
**groß. Varieté - Abend**  
der  
**Leipziger Künstlerspiele.**  
Nachm. 3 1/2 Uhr Kindervorstellung.

**Achtung!**  
Zu unserm am Sonnabend, den 14. April von  
abends 7 Uhr an im Gasthof „Zur Hofriedenheit“, Rößli u. Ln  
stattfindenden  
**Frühlingsvergnügen**  
laden wir fr. un. hocht. ein  
**Stammesklub „Fidelis Fräder“.**

**Lichtspiele Gasthof Gröben.**  
Sonntag, den 15. April  
**Das grüne Signal**  
Ein Schwurgericht-Drama aus den Tiroler Alpen  
in 5 Akten.  
Nebst gutem Beiprogramm.  
Nachm. 3 1/2 Uhr Kindervorstellung.  
7 1/2 Uhr für Erwachsene.

**Ba. Weizenschrot Gerstenschrot,**  
**Maisschrot, Weizenkleie,**  
**Roggenteig**  
Getreidegeschäft G. Sauber.

**Naumann und Brennabor**  
**Fahrräder**  
sind erstklassig und unverwundlich.  
Vertreter: **Rob. Gäbler.**  
Eigene moderne Reparaturwerkstatt.

Empfehle zum Pfingstfeste  
aparte Neuheiten in  
**Herrenstoffen**  
und nehme bis dahin noch einige Aufträge  
entgegen.  
**Bruno Naumann,**  
Herrenmaßschneiderei Schortau.

**Moden- u. Illustrierte**  
**Zeitschriften eingetroffen**  
Die Abonnenten werden gebeten, die Zeitschriften  
so baldigst abzuholen.  
Bestellungen von Modezeitschriften, illust. Zeitschriften,  
Büchern, Noten usw. werden stets  
entgegen genommen, bitte bei Bedarf nachzufragen  
**Otto Hieserenz.**

**Gasthof Schortau.**  
Freitag, Sonnabend  
und Sonntag  
**Theater Vorstellungen**  
Abgang 8 Uhr abends  
Sonntag 3 u. 8 Uhr.  
Es laden freundlich ein  
D. Wirt, Dir. G. Gierholz

**Schach-interessenten**  
werden gebeten, sich Sonntag,  
den 15. A. 1/2 5 Uhr im  
Bismarckmann'schen Lokale ein-  
zufinden, zwecks Eröffnung einer  
Delegirten des  
Deutsch. Arb. Schachb.

**Kleiner Posten**  
**Spürpfe**  
groß erht ist  
**Herrensocken**  
zu verkaufen bei  
**Fr. J. Koch,**  
Norddeutscher Hof, II. Et.

Ein Posten  
**Arbeitsstiefel**  
prima Leder  
nur noch so lange  
Vorrat reicht.  
pro Paar 28000.—  
Schafstiefel Paar 42000  
Gasthaus z. Sonne,  
Teuchern.

**Bettstellen**  
verkauft billigst  
**H. Maier,** II. Berge 9.  
Handverlesene  
**Speise- und**  
**Saat-Kartoffeln**  
Original - Ausfaat  
verkauft billigst  
**Schützenstr. 25.**

**Reinigen Sie Ihr Blut!**  
Dr. Butsch's Blutreinigung-  
tee „Maikur“ ist der Beste.  
Zu haben bei **Carl Eitze,**  
Drogerie.

**Verkaufe**  
unterm heutigen Fabrikpreise  
**G. A. Naether**  
**Kinder - Wagen**  
**klapp-  
Fahrstühle**  
ohne Berbed  
Markt: **60000, 65000, 80000**  
mit Berbed  
Markt: **135000**  
**Promenaden-Wagen**  
in feinsten Ausführung  
Mt.: **195000, 250.000**  
**Leiterwagen**  
in großer Auswahl.  
**Kaufhaus**  
**Albin Schiefe,**  
Markt 2. Markt 2.

**Persil**  
im  
**Wäschekessel**  
bedeuten:  
blütenweiße Wäsche,  
Schonung der Stoffe,  
Ersparnis an Arbeit  
und Kohle,  
sichere Desinfektion.  
Nur in Originalpaketen,  
niemals lose.  
**MENKEL & CIE.,**  
DUSSELDORF.

**Kirchliche Nachrichten.**  
Leuchter: Vorm. 10 Uhr.  
Dompf. Bismarckmann.  
Gröben: Nachm. 7 1/2 Uhr.  
Dompf. Bismarckmann.  
Schortau: Vorm. 9 Uhr. Pfr.  
L. Giermann.  
Alle Sorten  
**Malen- u. Manierfarben**  
**Firniss, Lacke etc.**  
empfehle billigst  
**Hermann Pohle.**  
**Deutsch-Däne**  
sucht  
**Hotel od. Gasthof**  
Wirtschaftshaus od. sonst. Unter-  
nehmen gegen Kasse zu kaufen.  
Ausfahrt. Angebote mit Preis  
unter 570 an Stelle, Ann-  
Erpbit. Hammoor, Esterstr. 15.

Zuverlässiges, altes  
**Mädchen**  
bei hochm Gehalt  
gesucht  
**Frau Schneemann,**  
Grube von Hof.

**Ein Lehrling**  
für sofort gesucht  
**Franz Billhardt,**  
Klempnermstr.  
Intelligenter **J. Mann**  
(24 J. alt) sucht Verlehr mit  
anf. aber doch lebensfähigem  
**Fraulein**  
im Alter von 18—21 Jahren.  
Angeh. nur ernst gemeint w.  
mgl. m. Bild welches fot. zur-  
geht wird unter **A. L.** an die  
Schäftsstelle der Zeitung.

**Wohlfürtes**  
**Zimmer**  
lofirt von Stubenbrannt  
gesucht.  
Zu erf. in d. Geschäftsst.

**Danksagung.**  
Allen denen, die uns  
beim Hinscheiden un-  
seres kleinen Lieblings  
ihre Teilnahme be-  
wiesen haben, sagen  
wir nur auf diesem  
Wege unseren herzlich-  
sten Dank  
**Familie Otto Gerlach,**  
Grube v. Voss

Die glückliche Geburt eines strammen  
Jungen zeigen hochverehrt an  
**Direktor Lorenz Strobel und Frau**  
Marie geb. Pohle.  
Dresden-A., Münchenerstr. 23 II.  
Johann-Georg

# Wöchentliche Anzeiger für Denzern und Umgegend



Angelagerung: Die Schlagschleife Formstraße 100. — Dr., Reichsstraße 266. — B.

Angelagerung: In der Geschäftsstelle dieses Blattes, Reichsstraße 10, bis höchstens 10 Uhr. Gebühren und sonstige Anzeigen müssen am vorhergehenden Tag in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Wochensatz: 1170.00 RM.  
Monatlich: 32.00 RM.  
Jahres: 384.00 RM.

Wochensatzliche und monatliche Preise werden auch in der Geschäftsstelle, Reichsstraße 10, auch von anderen Orten und allen Postämtern angenommen.

Amüßliches Verkehrsorgan für die Stadt Denzern.

№ 43

Sonnabend, den 14. April 1923

62. Jahrgang

## Was gibt es Neues?

— Der ausländische Austausch des Reichstages hat dem Reichstag über ein vorläufiges Handelsabkommen mit Spanien zugestimmt.

— Eine Note der Reichsregierung legt Grundriss ein gegen die rechtsrheinischen Eisenbahnverbindungen der Rheinlandkommission.

— Im englischen Parlament kam es zu Kräftigen. — Der französische Botschafter in London, Dr. Malraux, hatte Besprechungen mit Bonar Law im Foreign Office.

— Inoffiziell Frankreich und der Tschecho-Slowakei wurde ein Abkommen über die Luftschifffahrt abgeschlossen, das Vereinbarungen über Erleichterungen enthält, die beide Nationen sich gegenseitig beim Kauf von Flugzeugen und Motoren gewähren.

— Die von Londoner Wiktoren vertriebene Werbung von der Gegenannahme De Valeras hat sich nicht bestätigt.

## Die letzte Woche.

Nichts spricht zu lächelnden Menschen eine so ergreifende Frage, wie ein offenes Grab, und mit Recht hat sich daher der Reichsminister Dr. Cuno in seiner Rede über die ganze Kulturwelt gewendet, der Weltfriedensfeier der Gründungstag im Märzgebiet ein Ziel zu setzen. Die Wirtshaft liegt auf den Endstadien der Katastrophe, kein Augen und kein Ohr werden sie jemals verschließen machen. Nur Frieden und Gerechtigkeit in Zukunft vermögen den Grund von dem zu mildern, was in den drei Monaten geschehen ist, seitdem die Hebel ihre Hände nach den schmerzhaften Elementen der Welt ausgebreitet hat. Die Wohlfahrt hätten nach Westen rufen können, wenn man nicht in Paris einen Verband gebildet hätte, die Soldaten über den Rhein in deutsches Land zu schicken.

Wie schon gesagt, muß der Weg, auf dem wir zu Verhandlungen marschieren, gleichberechtigt und das Ziel ehrenvoll sein. Dies wiederholt bekräftigte Programm des Reichsministers muß uns so mehr aufrecht erhalten werden, als Generalatien, Raub und Schlägen der Franzosen an der Ruhr kein Ende nehmen. Die Beschlagnahmen und Verhaftungen häufen sich, hatte man doch selbst den Staatsminister Hamm auf seiner Reise zur Besetzung in Offen festgenommen. Das Handeln der deutschen Eisenbahn ist nicht geringer, als die Tapferkeit auf einem Schlachtfeld.

Ein Gegenstück zu den Dingen im deutschen Westen sind die Vorgänge im Osten, im Memelland, wo die Litauer den Deutschen die früher gegebenen Beschlagnahmen gebühren lassen, und wo es deshalb zu blutigen Kämpfen gekommen ist. Solche Ereignisse in Deutschland schreien zum Himmel. Der nordamerikanische Präsident Harding hat dieser Tage gesagt, das amerikanische Volk sei das gerechteste dieser Erde. Er hätte jetzt Gelegenheit, diese Charaktereigenschaft zu beweisen, aber dazu kommt es nicht.

## Die Reichsregierung gegen „Kapitalationen“.

### Zurückgewiesener Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit.

Die internationalisierte Rheinlandkommission hatte der deutschen Regierung durch den Reichskommissar für die besetzten Gebiete mitteilen lassen, die deutsche Regierung sollte der internationalisierten Rheinlandkommission von jeder beschleunigten Verhaftung von Staatsangehörigen der Mächte, die an der Rheinlandbesetzung beteiligt sind, Mitteilung machen und im Falle der Verhaftung von solchen Eingebürgerten ihr das Material zur Verfügung stellen. Die deutsche Regierung hat jetzt eine internationalisierte Rheinlandkommission durch den Reichskommissar für die besetzten Gebiete eine Note überreicht, in der es u. a. heißt:

„Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, daß es sich bei der Unterstellung, jede Verhaftung eines Staatsangehörigen der an der Besetzung teilnehmenden Mächte bedeute eine Verletzung der Souveränität in keiner Weise im Einklang steht, die mit der Souveränität in keiner Weise im Einklang steht. In der Praxis kommt die Anordnung der internationalisierten Rheinlandkommission auf einen schweren Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit hinaus, die durch die Bestimmungen des Abkommens nicht gerechtfertigt werden kann.“

Das Ergebnis der Verhandlung würde darin bestehen, daß sie sich im letzten Stadium anhaltend aneinander, soweit sie den an der Besetzung teilnehmenden Mächten gegenüber, auf dem Gebiet der Strafgerichtsbarkeit in einem Umfang unter der besonderen Protection der internationalisierten Rheinlandkommission finden, wie es sonst nur in einer internationalisierten Zone unter der Herrschaft der sogenannten „Kapitalationen“ der Fall ist.

Die Reichsregierung erhebt gegen diesen rechtsverletzenden Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit nachdrücklich Protest.

## Frankreichs Krieg gegen Sänglinge.

Frankreichs Krieg gegen die Eisenbahnverbindungen.

Eine der Regierungen in Paris, London und Brüssel übergeben und in Absicht der internationalisierten Rheinlandkommission beschändete Note der deutschen Regierung legt die Reichsregierung die Verhaftung der Besatzungsbeamten der Wehrmachtstruppen übergeben hat. Die als Grund für diese Maßnahme vorgeschützte angebliche Verletzung des Verkehrsrechts durch die deutsche Regierung wird auf entschieden zurückgewiesen; die Eisenbahnbeamten im verbotenen Gebiet sind ausdrücklich angeordnet, alle in ihrem Bereich mit dem Rheinland abkommen geschlossenen Verkehrsregeln durchzuführen. Nicht durchgeführte werden ebenfalls keine Militärtransporte, die den von der französischen und der belgischen Regierung eingeleiteten verbotenen Verkehrsverbindungen dienen sollen. Alle angeführten Gründe sind, so wird festgestellt, nur Vorwand, um die Eisenbahn in die Hand der französischen Willkür zu bringen, die Verordnung, die ein weiteres Hindernis in der langen Reihe von Verordnungen, die das Rheinland politisch, wirtschaftlich und administrativ von Deutschland trennen sollen.

Die Note beschließt sich weiter mit der Drohung, daß die die Beamten an ihren Wohnungen vertrieben werden, und verweist auf den bestimmten Vorgang in Frier, wo 500 Männer, Frauen und Kinder obdachlos auf die Straße gesetzt wurden, darunter auch Wöhnerinnen und Sänglinge und 22 Kinder, die am nächsten Tage zur ersten Kommunikation gehen sollten. Die gegen diese neuen Gewalttätigkeiten und Vertragsbrüche wird förmliche Beschwerde eingeleitet.

## Ein Schilling der Rheinlandkommission.

Denunziant und Landesverrat.

Anfang März 1923 war der Bürgermeister Schmitt der Stadt Cöchem a. d. Mosel von der internationalisierten Rheinlandkommission ohne besonders ersichtlichen Grund ausgewiesen worden. Von deutscher Seite angelegte Ermittlungen bezügl. bald die Verurteilung des Bürgermeisters Schmitt einem gemeinen Denunzianten zum Opfer gefallen war. Als Denunziant wurde festgestellt der als Französischer bekannte Arbeiterführer Steinbauer aus Cöchem. Trotz der gegen ihn erhobenen schweren Beschuldigungen begab sich Steinbauer in das unbesetzte Gebiet und wurde in Cöchem von der deutschen Polizei wegen des Verdachtes des Landesverrats festgenommen. Die Familie des Verhafteten hat sich darauf an die internationalisierte Rheinlandkommission mit der Bitte um Schutz des Denunzianten gewandt. Die Rheinlandkommission hatte dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete mitgeteilt, daß sie noch vor dem 3. April 1923 die Zurückführung des Steinbauer in das unbesetzte Gebiet verlange, und hat außerdem das unbesetzte Gebiet, daß ihm für seine Verluste an Vermögenswerten bezuglich der 20 Millionen Mark ausgesetzt würden. Diese unbesetzte Zustimmung hat der Reichskommissar mit einer Note vom 3. 4. 23 zurückgewiesen, die im wesentlichen folgendes besagt:

„Gerichtlicher Steinbauer aus Cöchem ist am 12. März 1923 in Cöchem, also in einem Orte des unbesetzten Deutschlands, unter Beschuldigung landesverratlicher Handlungen verhaftet worden. Das Verfahren ist noch im Stadium der Ermittlung beim Verwaltungsamt in Cöchem. Die deutsche Regierung vermag nicht zu erweisen, welchen Nachteil die internationalisierte Rheinlandkommission aus ihrem Eingriff in dieses laufende Verfahren aufzählen will. Gemäß den Regeln des internationalen Strafrechts würde die Verletzung des Steinbauer durch deutsche Gerichte selbst dann zulässig sein, wenn er die ihm vorgeworfenen landesverratlichen Handlungen im Ausland begangen hätte.“

Die Note weist dann darauf hin, daß Landesverrat, die sich in das unbesetzte Gebiet begibt, sich nicht beklagen können, wenn die deutschen Gerichte ohne Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit in die Angelegenheit eingreifen und die zur Anwendung gelangen. Die Note schließt mit der Erklärung:

„Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage, in das Verfahren einzugreifen und muß die Entscheidung des Reichsgerichts abwarten.“

## Prügelzonen im Unterhans.

Kommunisten fliehen das Lied der roten Fahne.

Das englische Parlament hatte bis heute, alte Tradition folgend, noch immer auf einer gewissen Höhe des allgemeinen Verhandlungs-Niveaus zu halten und den guten Ton im allgemeinen zu wahren gewohnt. Mit dem Ende des Zweiparteiensystems scheint es aber auch mit dieser Sonderstellung des englischen Parlaments zu Ende zu sein. Es herrscht seit heute in nichts mehr von den rauschbegeisterten Kontinentalen Parlamenten. Am Mittwoch gab es sogar — ganz wie früher in Deutschland und heute bei uns — eine regelrechte Polster, aber die nachfolgender Bericht vorliegt:

Als der Sprecher des Unterhauses wegen festgesetzten Kurses die Sitzung für eine Stunde unterbrach und die Deputierten daraufhin den Saal verlassen, löste man einen Arbeiterabgeordneten aus, daß er von einem Regierungsmitglied (man spricht von Cromby Gore) geschlagen worden sei. Es verurteilte sich eine unbedeutende Demonstration und der fragliche Abgeordnete, machte verneinende Besuche, um etwas zu erwidern.

In heutigen Augenblicken entstand eine regelrechte Schlagschlag, in die zahlreiche Abgeordnete und zwei Regierungsmitglieder hineingeworfen wurden. Baldwin und Macdonald verweigerten die Aufnahme in dem Saal, und ein Arbeiterabgeordneter fing von neuem an und provozierte ein neues Saalgemenge. Die Konföderation einerseits und die Arbeiterdeputierten andererseits tauchten während weniger Minuten folgende Bismarck an.

Am 6. März wurde der Saal schließlich geräumt und um 7 Uhr wurde die Sitzung von den abgesehen erschienenen Abgeordneten wieder aufgenommen. Der Sprecher teilte dann mit, daß er angeht der festgesetzten Zeiten von seinem Rechte Gebrauch machen, die Kammer, ohne sie zu befragen, die Donnerstag Sitzung zu veranlassen. Er verließ sofort seinen Platz. Diese zweite Sitzung hatte nur 2 Minuten gedauert.

Der Parlamentsberichterstatter des Daily Express freudig über diese Kampfszenen in a. nach. Die Arbeiterdeputierten hätten einen öffentlichen Vorstoß, um zu verhindern, daß das Haus seine Beschlüsse erlassen, und hätten das Ziel der Witen Fahne gefangen. Während einer halben Stunde habe das Haus einem Bismarckigen Garter zugehört. Nach dem „Kampf“ im Hause hätten einige Arbeiterparlamentarier.



In diesen Vorgängen lobt der englische Ministerpräsident Bonar Law, der von seiner Krankheit sich wieder etwas erholt hat, den ersten deutschen Reichskommissar. Wenn ihn im Parlament eine unangenehme Frage vorgelegt wird, so antwortet er, er habe die Antworten vom letzten Tag noch nicht gelesen. Ein Ausruf ist allerdings zwischen Bismarck und Bonar Law. Bismarck wies mit diesem Bescheid weniger über ein dummdreiste Ausdrücke ab, während der englische Staatsmann in der Belegenheit steht und nicht weiß, was er sagen soll. Vor dem Kopf hob er mit er nicht, was er sagen soll. Vor dem Kopf hob er mit er nicht, was er sagen soll. Vor dem Kopf hob er mit er nicht, was er sagen soll.